



## Der geschenkte Gaul

Oldenburg will den frühneuzeitlichen Grafen Anton Günther ehren: mit einem privat finanzierten und bereits fertiggestellten Reiterstandbild vor dem Schloss. Historiker halten sowohl die Person des Grafen als auch die klassische, hochherrschaftliche Darstellungsform für ein heutiges Denkmal für verfehlt **SEITE 22**

## Delikatere Gedenkort

Der Erinnerungsort „Elbberg“ in Boizenburg ist ambivalent, war dort doch zunächst ein Zwangsarbeiterinnen-Lager der Nazis und später DDR-Grenzkontrollposten. Eine Vermischung beider Geschichten vermeidet die Gedenkstätte aber zum Glück **SEITE 23**



KOMMENTAR:  
MARCO CARINI ÜBER  
ERPRESSUNG IM INTERNET

## Im Netz der Netz-Giganten

Es ist ein Wirtschaftskrieg der besonderen Art: Da versucht ein US-Konzern, über den viele europäische Unternehmen ihren Zahlungsverkehr abwickeln, in krass rechtswidriger Form ein US-Embargo durchzusetzen, dass in Europa gegenstandslos ist. Und ist dabei – ermöglicht durch die Abhängigkeit der Firmen vom PayPal-System – zum Teil auch erfolgreich. So sieht politische Erpressung im Internet-Zeitalter aus – Huxleys „Schöne Neue Welt“ in ihrer virtuellen Version.

Dass es soweit kommen konnte, verdanken wir der zunehmenden Konzentration der Netz-Dienstleister. Ob die Ausforschungen durch Google Streetview, die unsägliche Kooperation von Amazon mit der NPJ oder nun Paypals Kuba-Boycott: Die marktbeherrschenden

Hier also kommt Huxleys „Schöne Neue Welt“ in ihrer virtuellen Version

den Internet-Unternehmen können offenbar Politik machen, wo und wie immer sie es wollen. Was daran liegt, dass es an dezentralen und, ja, europäischen Alternativen fehlt. Deshalb sind nicht nur empfindliche EU-Sanktionen gegen PayPal erforderlich, sondern langfristig auch die Demokratisierung des Netzes samt der Entflechtung seiner Anbieterstruktur im kommerziellen Bereich.

Noch wichtiger aber ist: Die User müssen ein Zeichen setzen – protestieren oder boykottieren, wie es in den Fällen von Google und Amazon geschehen ist. Nur wenn das eigene Image leidet und der Euro nicht mehr rollt, sind Konzerne bereit, ihre Spielregeln zu ändern.

SÜDWESTER

## Silvio Funke

Nur in Italien, sagen die Deutschen, sei so etwas möglich: Nur dort gedeihe ein Potentat wie Silvio Berlusconi, sagen sie, trinken ein Glas Chianti und kommen auf das falsche Haar zu sprechen und auf die Geringschätzung, die er den Prozessen entgegenbringt, mit denen ihn die Zwergenschar der Staatsanwälte in die Knie zwingen möchte. Und wir, sagen die Deutschen, wir haben nun einen Ex-Kanzler mit ... nun, Haar. Seht nach Varel, rufen wir unseren Landsleuten zu, dort findet ihr Karl-Heinz Funke, ehemals Landwirtschaftsminister. Sein Haar mag echt sein, aber die Bezahlung seiner Silberhochzeit durch den Wasserverband war zweifelhaft, doch was stört ihn der Prozess wegen des Untreue-Verdachts: Das prächtige Varel zu Friesland will er regieren, und was Berlusconi der trübe Tiber, ist Funke der Jadebusen.



Der Kampf geht weiter: Der Hamburger Getränkehändler Wolf informiert die Kundschaft über die Rum-Fehde **Screenshot: taz**

## Kalter Krieg im Internet

**BOYKOTT** Mehrere Spirituosen- und Tabakwaren Händler im Norden haben Ärger mit dem US-amerikanischen Bezahlsystem PayPal, weil sie Rum oder Zigarren aus Kuba anbieten. Jetzt feilen sie an einer Sammelklage

VON DENNIS BÜHLER

Auf einmal war das PayPal-Konto von Silke Wolf eingefroren. Dann beschwerten sich Kunden ihres Hamburger Spirituosen-Geschäftes, sie könnten ihre Einkäufe nicht mehr über das Internet-Bezahlungssystem abwickeln. „Das Ungemach begann ganz unvermittelt“, erinnert sich Wolf.

In einer Mail begründete PayPal tags darauf kryptisch, das Spirituosen-Geschäft verstoße „gegen Richtlinien“. Wolf dachte zunächst an einen Irrtum. Ein Telefonat aber machte klar, dass der Kalte Krieg im Jahr 2011 erneut in Deutschland angekommen ist: US-amerikanische Unternehmen setzen das seit 1962 geltende Handelsembargo gegen Kuba nun auch hierzulande durch.

Weil Wolf diverse Sorten von Rum und Zigarren aus Kuba im Angebot hält, sperrte PayPal ihr Konto. Dieses würde erst freigegeben, so wurde erklärt, sobald alle kubanischen Waren aus dem Sortiment verschwunden seien.

Lenke Wolf nicht ein, sehe sich PayPal gezwungen, die Zusammenarbeit ganz zu beenden. Wolf entschied sich, standhaft zu bleiben. Auf der Homepage des Unternehmens prangt seit Kurzem eine kubanische Landesflagge mit dem Vermerk, bis auf Weiteres auf die Bezahlmethode via PayPal zu verzichten.

So verfuhr auch Thomas Altmann, Inhaber des Spirituosen-Geschäftes „Rum & Co“ im schleswig-holsteinischen Börm (Kreis Schleswig-Flensburg). Altmann schlug einen Kompromiss vor: Waren aus Kuba hätten nicht mehr mit dieser Methode bezahlt werden können, PayPal wäre aber für alle anderen Produkte verfügbar geblieben. Das Unternehmen, das 2002 der Online-Auktionsriebe Ebay übernahm, ging darauf nicht ein.

Weil Altmann, der einen großen Teil seiner Einnahmen mit kubanischem Rum generiert, nicht kooperiert, bleibt ein vierstelliger Betrag auf seinem Konto eingefroren. Darüber hinaus muss er Umsatzsteuern zahlen

und einem Drittel hinnehmen, weil Kunden ohne die bequeme Bezahlmethode auf Einkäufe verzichten. „60 Prozent meiner Kunden hatten zuvor via PayPal bezahlt“, sagt Altmann. Die Einbußen von Silke Wolf bewegen sich im selben Rahmen.

Knapp 20 Rum-Händler aus ganz Deutschland bereiten nun unter Altmanns Federführung eine Sammelklage gegen PayPal Europa vor, das in Luxemburg residierende Unternehmen mit amerikanischem Mutterkonzern. „Es kann nicht sein, dass sie uns amerikanische Embargos gegen Dritte in Deutschland aufzwingen“, sagt Altmann.

Gleicher Meinung ist Lothar Harings, Partner und Außenhandlungsexperte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Graf von Westphalen: „Paypal handelt rechtswidrig.“ Die Rum- und Zigarrenhändler dürften nicht auf die Forderungen von PayPal eingehen, sagt Harings. Denn PayPal verletze mit seinem Vorgehen gegen deutsche Händler explizit geltendes EU-Recht: Die „EU Blo-

cking Regulation“ drohe europäischen Unternehmen, die das Embargo befolgen, mit empfindlichen Strafen. Und mit einem Firmensitz in Luxemburg sei PayPal Europa zweifellos an europäisches Recht gebunden.

Jens Lühmann, Inhaber der

### Das ist PayPal

Paypal ist ein US-amerikanisches Unternehmen, das unter seinem Namen ein Online-Bezahlungssystem betreibt. Es wird insbesondere zur Bezahlung von kleinen Beträgen beim Ein- und Verkauf im Online-Handel benutzt.

Das PayPal-Konto ist virtuell und wird durch die jeweilige E-Mail-Adresse des Kunden definiert. Mit diesem Konto werden Zahlungen an Dritte ausgeführt und empfangen. Via PayPal getätigte Zahlungen werden dem Empfänger sofort gutgeschrieben.

Seit Oktober 2002 ist PayPal eine Tochtergesellschaft von Ebay und hat in Deutschland über zehn Millionen Kundenkonten.

„Weinquelle“ in Hamburg, hat auf die Forderungen wie von PayPal gewünscht reagiert und alle kubanischen Produkte aus dem Onlineshop verbannt. Drei Stunden später gab PayPal das Konto wieder frei. Dennoch steht auch Lühmann nun hinter der Sammelklage seiner Kollegen. „Sobald ich eine alternative Zahlungsmöglichkeit gefunden habe, fliegt PayPal bei mir raus“, sagt er. PayPal selbst war am Dienstag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Alle drei Spirituosenhändler glauben, dass amerikanische Rumfirmen wie Bacardi hinter dem Gebaren von PayPal stehen könnten. Deren Marktanteil war in den vergangenen Jahren immer geringer geworden. „Das liegt allerdings an der Qualität des Rums“, sagen Altmann, Wolf und Lühmann unisono.

Und was meint eigentlich die kubanische Botschaft zu all diesen Vorgängen? „Diese neue Sache ist von geringer Bedeutung“, sagte sie der taz. „Kriminell sind die USA seit 50 Jahren.“

## Fürs Wendland kein Ende in Sicht

**ATOMMÜLL** Von wegen 2011 ist Schluss: Bereits 2014 soll wieder radioaktiver Abfall aus La Hague und Sellafield ins Zwischenlager Gorleben gebracht werden. Bürgerinitiative ist alarmiert

Ein Ende der Atommüllfahrten in sein Bundesland kündigte Niedersachsen Ministerpräsident David McAllister (CDU) Mitte Juli an: „Im November wird es den auf absehbare Zeit letzten Castor-Transport nach Gorleben geben“, sagte der Regierungschef in einem Zeitungsinterview. Diese Ansage war zumindest voreilig. Denn der November-Transport ist mitnichten der letzte: Schon 2014 sollen weitere Fuhrer mit radioaktivem Fracht ins Gorlebener Zwischenlager rollen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) spricht deshalb bereits von „Täuschungsversuchen“ des Ministerpräsidenten.

Für das Jahr 2014 sei ein weiterer Transport aus der französischen Wiederaufarbeitungsfabrik geplant, bestätigte gestern der Sprecher der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), Jürgen Auer, auf Anfrage der taz. Die GNS ist eine Tochterfirma der großen Stromkonzerne und betreibt die Atommüllzwischenlager in Gorleben und Ahaus. Ebenfalls ab 2014, so Auer weiter, werden in

Gorleben mehrere Castortransporte mit hochradioaktivem Müll aus der britischen Plutoniumschmelde Sellafield erwartet.

Anders als bei den bisherigen Transporten aus Frankreich mit hochradioaktivem Müll, handele es sich bei dem für 2014 geplanten Transport aus La Hague um mittleradioaktive Abfälle aus dem Wiederaufarbeitungsprozess, sagte Auer. Sie sollen in elf Castorbühältern ins Gorlebener Zwischenlager gebracht werden. Eigentlich müssten diese Abfälle gar nicht in Castoren verpackt werden, so Auer, man habe für diese Fracht aber auch nicht eigene neue Behälter konstruieren wollen.

„Der Atommülltourismus“, konstatiert die Bürgerinitiative, „geht weiter“

Grundlage für die Rücknahme der mittleradioaktiven Abfälle sei dieselbe Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland, wie sie auch für den hochradioaktiven Müll gelte, sagt Auer. „Wir müssen alle Abfälle aus La Hague zurücknehmen.“

BI-Sprecher Ehmke hält dagegen: Es handele sich um „privatwirtschaftliche Verträge“ zwischen den deutschen AKW-Betreibern und dem Betreiber der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, sagt er. „Der Atommülltourismus geht weiter“, konstatiert die Initiative. „Im Herbst ist Gelegenheit, auch auf der Strafe eine entsprechende Antwort zu geben.“ **REIMAR PAUL**

## ExxonMobil testet Fracking

Trotz der umstrittenen Methode kommt Fracking erneut für eine Testförderung von Erdgas in Sulingen im Kreis Diepholz zum Einsatz. In der vergangenen Woche sei im bereits bestehenden Bohrloch Buchhorst T12 mittels Fracking nach Erdgas gesucht worden, sagte Ritva Westendorf-Lahouse, Sprecherin der Erdgasfirma ExxonMobil, nach Medienberichten am Dienstag in Hannover. Zuvor hatte das Unternehmen mitgeteilt, im Eisland bis März 2012 keine Erdgasbohrungen mehr durchzuführen und einen von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) in Auftrag gegebenen Bericht zu möglichen Umweltrisiken der Technik abzuwarten. (dpa)